



Tagesordnung I Punkt 8 der öffentlichen Sitzung am 16. Juni 2011

Antrags-Nr. 11-F-07-0009

Jugendschutz / Jugenddelinquenz

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 -

Brutale Straftaten von Jugendlichen auch in Wiesbaden nehmen zu, dazu kommen Tatbestände von Vandalismus. Das Betreten bestimmter Stellen in Wiesbaden in der Nachtzeit gilt als riskant. Vielfach sind nicht nur Jugendliche Täter, sondern eben auch Opfer von Aggressionen. Der renommierte Schweizer Kriminologe Professor Martin Killias macht für die bedenkliche Entwicklung einen zu weit getriebenen Liberalismus und die Schaffung von Gelegenheiten für Gesetzesübertretungen verantwortlich. Die Möglichkeiten, anonym Gewalt auszuüben, müßten systematisch genommen werden, dazu gehöre eine konsequente Anwendung der Jugendschutzgesetze.

Vor diesem Hintergrund möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen, wie er die Problematik anzugehen gedenkt und dabei zu folgenden Punkten konkrete Angaben zu machen:

1. Wie wird in Wiesbaden die Jugendschutzgesetzgebung bezüglich des Besuchs von Gaststätten und Tanzveranstaltungen durchgesetzt? Gibt es regelmäßige Kontrollen, z.B. im Schlachthof und im Tattersall und wenn ja, mit welchem Ergebnis? Gibt es Überprüfungen in den Nightliner-Bussen?
2. Was für Maßnahmen will der Magistrat ergreifen, um zu verhindern, daß sich an bestimmten Stellen in der Stadt Jugendliche versammeln, aggressiv auftreten, Alkohol trinken, privates oder öffentliches Gut zerstören und Müll hinterlassen?
3. Hält der Magistrat es für denkbar, in Wiesbaden zur besseren gesellschaftlichen Integration von Jugendlichen und zur Verhinderung von Straftaten eine enge Kooperation von Schule, Jugend- und Sozialarbeit, Polizei und Richterschaft zustande zu bringen, wie sie die Berliner Richterin Kirsten Heisig in ihrem Buch „Ende der Geduld“ vorschlägt?

Beschluss Nr. 0257

Der Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 07.06.2011 betr.

Jugendschutz / Jugenddelinquenz

wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration überwiesen.

1. Dem Vorsitzenden
des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .06.2011

2. Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .06.2011

Dezernat VII
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister